

Militärdiktatur in Deutschland.

Die Entwaffnungsaktion, zu der sich Entente - Kapital und deutsche Bourgeoisie gemeinsam verschworen haben, wird mit unheimlicher Beschleunigung in Angriff genommen. Sie ist der Auftakt zur Durchführung des weißen Schreckens, sie bedeutet Legalisierung des Terrors der internationalen Bourgeoisie. Kaum sind die hohen Herren von Spa zurückgekommen, als auch schon ein Gefesentwurf beraten wird, der feinesgeleitet in der Geschichte der bürgerlichen Diktatur. Er lautet:

Der Reichskommissar hat das Recht, Durchführungen und Beschlagnahmen außerhalb der durch die Strafprozessordnung gezogenen Grenzen anzuordnen, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis aufzuheben, sowie eine Kontrolle des Verkehrs der Eisenbahn, der Schifffahrt, der Post, der Kraftwagen und sonstigen Fuhrwerke sowie des Luftverkehrs anzuordnen. Er kann der Sicherheitspolizei Anweisung erteilen die Hilfe der Reichswehr in Anspruch nehmen. Sämtliche übrigen Behörden des Reichs, der Länder und der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungsorgane, haben innerhalb ihrer Zuständigkeit die Anordnungen des Reichskommissars unbedingt Folge zu leisten. Die Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Reichskommissar Rechtshilfe zu leisten.

Der Reichskommissar ist ferner befugt, besondere Organisations zur Durchführung seiner Aufgaben zu schaffen, Bestimmungen über Quartierleistung und Naturalleistung für die Sicherheitspolizei und die anderen von ihm herangezogenen Organisationen zu erlassen, Beschlagnahmen für die Erfassung von Militärwaffen förmlich sind, und Entscheidungen für die abgelieferten Waffen zu bewilligen, sowie die Abgabe edelstahllicher Versicherungen über den Besitz oder Verbleib von Militärwaffen allgemein oder im Einzelfalle bei den von ihm zu bezeichnenden Behörden zu verlangen. Paragraph 10 enthält die Strafbestimmungen: Gefängnis nicht unter drei Monaten, Geldstrafe bis zu 300000 Mark, in schweren Fällen Zuchthaus bis zu fünf und zehn Jahren. Insbesondere wird die Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Entwaffnungsgebot oder die Anordnungen des Reichskommissars mit Strafe bedroht.

Zur Ausführung des Gesetzes wird dem Reichskommissar zunächst ein Kredit von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Also: Das „demokratische“ Deutschland; das Land mit der „freiesten Verfassung“

hebt das Kriegsgeheimnis auf kontrolliert jeden Verkehr gibt dem Militär unbedingte Allmacht schafft besondere Inquisitionsorgane arbeitet mit offiziellem Korruptionsfond verhängt Gefängnis- und Zuchthausstrafen verfügt „zunächst“ über 300 Millionen Mark.

Eine Million Mark zur Unterstützung der notleidenden schwangeren Frauen war der Mehrheitspartei zu viel Geld. Sie wird nicht von ihr bewilligt. Die von ihr groß gepöppelte „demokratische“ Regierung wird dem Arbeiter 300 Millionen Mark abzupressen suchen.

Damit er sich selber dabei abwürgt! Genossen und Genossinnen! Dies Gesetz enthält die ganze Schande der Zustände, unter denen zu leben Euch die Bourgeoisie zwingt. Die Bourgeoisie ist von ihrem Standpunkt aus im Recht! Sie sagt Euch verächtlich Klassenkampf an; sie spricht endlich offen aus, was sie bisher auch wollte, und wo sie nur konnte, auch wirklich tat: wenn auch verschleiert, rücksichtslos einseitige Diktatur der Bourgeoisie mit Hilfe des von ihr gekauften Militärs. Darüber dürft Ihr Euch nicht mehr wundern, Genossen. Macht Euch vielmehr klar, daß dies die konsequente Fortsetzung alles dessen ist, was man mit Euch getrieben hat von Anfang an. Von der Bourgeoisie habt Ihr deswegen keine Rechenschaft zu verlangen, Aber von wem Ihr sie zu verlangen habt, das sind die Unabhängigen.

Hört, was die „Freiheit“ berichtet:

Ueber die Entwaffnungsfrage führte der Genosse Ernst aus, daß wir mit der Lösung, wie sie die Entente will, einverstanden sein können, weil die Forderung der Entente die Forderung der revolutionären Sozialdemokratie sei.

Also: Die Forderung der Entente: „Entwaffnung des revolutionären Proletariats“ ist die Forderung der „revolutionären Sozialdemokratie“. Könt Ihr Euch einen größeren Betrug denken, Genossen! Proletariat! Es geht Euch an die Gurgel! In diesem Moment verat Euch wiederum die „revolutionäre“ Führerschaft, gebendend von der Vorgespiegelung der Entente, den deutschen Militarismus

zu Boden schlagen zu wollen. Proletariat!

Der deutsche Militarismus hat aufgehört, der kapitalistischen Entente - Bourgeoisie gefährlich zu sein. Er ist ihr bequem geworden. Er ist ihre Kolonialtruppe zur Niederknüppelung des allein ihr gefährlichen revolutionären Proletariats.

Denkt dieses alles Euch, klassenbewußte Proletariat! Sammelt Eure Kräfte! Haltet Euch bereit! Seid klug wie die Schlangen! Vergeßt nicht: Die historische Mission liegt jetzt auf Euren Schultern. Nur ein Entweder-Oder steht in Frage:

Sieg des Kommunismus oder Untergang in die Barbarei!

Allg. Arbeiter-Union.

Wirtschaftsbezirk Ostfalen.

Sonntag, den 1. August, fand in Heidenau eine Bezirks-Wirtschaftsrats-Sitzung mit nachstehender Tagesordnung statt.

- 1. Berichte aus den Ortsgruppen.
2. Wahl der Bezirks-Exekutive.
3. Presse.
4. Wahl eines Vertreters in den Reichswirtschaftsrat.
5. Allgemeines.

Sämtliche Ortsgruppen waren vertreten, mit Ausnahme von Zittau, von der aber ein schriftlicher Bericht vorlag. Aus den Berichten der einzelnen Ortsgruppen ging hervor, daß die Union überall festen Fuß faßt, und sich in verschiedenen Bezirken schon bedeutend ausgedehnt hat, da die Arbeiterschaft endlich erkennt, daß die Freigabe der Zentralgewerkschaften mit ihrer Bürokratie nichts anderes sind, als die letzte Stütze der zusammenbrechenden kapitalistischen Gesellschaft. Von der Wahl einer Exekutive nahm man Abstand, wählte dafür einen Vorort, und zwar betraute man Heidenau mit den nötigen Arbeiten für den Wirtschaftsbezirk. Die Presse-Angelegenheit löste eine lebhafteste Debatte aus, und wurde die jetzige Schreibweise des Bremer Kampfrufs aufs Schärfste verurteilt. Man trat dann einstimmig dafür ein, einheitlich für den ganzen Wirtschaftsbezirk Ostfalens den Berliner „Kampfruf“ einzuführen, bis die Möglichkeit vorhanden ist, sich ein eigenes Organ zu schaffen. Nachdem man die Wahl eines Vertreters zu der demnächst stattfindenden Reichswirtschaftsrats-Sitzung vorgenommen hatte, einigte man sich über die Finanzierung dieser Delegation und zwar entfallen für jede Ortsgruppe 25 Pfg. pro Mitglied. Die Einfindung dieses Betrages hat umgehend an den Kassierer des Wirtschaftsbezirk zu erfolgen. Der unter Allgemeines eingebracht Antrag, daß kein Unionist mehr Mitglied einer Gewerkschaft sein dürfe, wurde den Ortsgruppen zur Stellungnahme überwiesen.

Nachdem noch eine Anzahl Anfragen erledigt waren, schloß man die Sitzung. Alles in allem konnte man feststellen, daß ein frischer Zug durch die Konferenz wehte, daß der Kampfeswille der wirklich revolutionären Arbeiter ungebrochen ist und sich die Einigung vollzieht indem das klassenbewußte Proletariat sich um das Banner der Rev. Betriebsorganisationen schart.

Aus der Jugendbewegung

Kleinbürgerliche Bildungsarbeit oder proletarischer Kampf.

Gen. Felix Lewinsohn.

Gen. Kunze polemisiert in der „Unabhängigen Volkszeitung“ gegen die Richtung in der Jugend, welche die Jugend zu „politischen“ Zwecken „mitzubringen“ will. Ich will dabei annehmen, daß der Gen. Kunze seiner ethischen Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß ihm zur gleichen Zeit nichts bekannt ist vom dem Werten des Gen. Edel und anderer von der Unabhängigen Partei, die die Jugend für eine Partei-Jugend der U.S.D. zu fördern versuchen. Deshalb will ich diese Angelegenheit sachlich anstragen; denn ich nehme an, daß die Augen des Gen. Kunze klar genug sind, um aus dem reichhaltigen Kommentar der U.S.D. zu entnehmen, daß sein Urteil jenen Parteipolitikern nur Wasser auf die Mühle reichte. Zu dem Artikel des Gen. Kunze heißt:

Es ist ein alter Kampf in der sozialistischen Jugendbewegung zwischen den Anhängern der Bildungsbewegung und der Kampf-bewegung. Die Drogenzeit hat uns aber bewiesen, daß die Jugend nach der Bildung drängt und dann erst die Fähigkeit erlangt, Bildungsarbeit zu betreiben. Der Gedanke der Bildungsarbeit war in der Jugend immer eng mit der Spielbewegung verbunden und kam gewöhnlich nicht von den Jüngsten, sondern von den Ältesten der Bewegung, die zum Kampf zu feig waren und deshalb nie den natürlichen Drang nach Bildung erhielten. Gerade ein Dresdener Jugend-Genosse war es, der auf der Jugend-Konferenz in Halle 1907 erst richtig für Bildungsbewegung eintrat. Jene Fälle nicht seinetwegen, sondern der Jugend im allgemeinen wegen - und dann bei der Behandlung des Programms trotz seines hohen Bildungsgrades zum Gelächter der gesamten Konferenzteilnehmer erklärte, man solle nicht sozial fremdwörter gebrauchen, die doch das gleiche sagten wie - Imperialismus, das doch dasselbe wäre wie Kapitalismus. Ich bringe dies nicht gegen jenen Genossen, der es in Halle antrat und heute ein feiner U.S.D.-Mann ist, sondern als Beweis, daß gerade die Bildungsmacher oft im Kopfe zu große Eiden besitzen. Wenn Gen. Kunze erklärt, kaum sei die Konferenz vorbei, so setze der Kampf ein, welcher Partei die Jugend ihre Unterstützung geben könne, so ist das ja so natürlich, solange keine Kampfgeneration besteht, wo das Proletariat ohne Parteiunterstützung vereinigt ist - gleich der Arbeiter-Union. Es gibt für revolutionäre Jugend-Genossen keine Frage nach, aber zugleich einen politischen Kampf zu führen verweigert ist. Es stimmt, daß heute verläßt wird, die Jugend zur „Partei“-Politik zu gewinnen, aber dieser Vorwurf kann und wird nie die Jugend-Genossen treffen, deren grundsätzliche Politik sich mit der K.P.D. deckt. Wir verwerfen nicht nur

als Mitglieder der K.P.D., sondern auch als Jugend-Genossen jede „Partei“-Politik, wie sie von der K.P.D. und von der U.S.D. betrieben wird.

Wir unterföhen voll und ganz die Worte Kunges:

Wir müssen eine parteilose Jugend fordern, die sich keiner Partei - weder finanziell noch moralisch (geistig) - unterwirft.

Wir sehen gerade jetzt wieder, wie die Kassa des Spartakusbundes imstande ist, eine Jugendorganisation zu annexieren. Aber genannter Satz kann nie und nimmer als Freipaß für diejenigen gelten, die ihre Feigheit verdecken wollen.

Partei-politik verwerfen hat aber nicht zur Konsequenz, proletarisch-revolutionäre Politik abzulehnen. Es darfte wirklich keiner Diskussion mehr bedürfen, daß die Jugend im politischen Kampfe steht, daß sie es insbesondere ist, die unter dem geistigen und materiellen Einfluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu leiden hat, und folglich nicht umhin kann, mit allen Kräften sich am politischen Kampfe zu betätigen. Wenn wir die „Partei“-Politik verwerfen, dann deshalb, weil wir unter dieser Bezeichnung eine Politik verstehen, die nur auf Mitgliedszunahme und Stimmengewinn bedacht ist. Demgegenüber erklären wir, daß die Partei kein Selbstzweck sein darf, sondern nur Mittel zum Zweck sein kann. Unsere Politik muß deshalb stets eine selbständige revolutionäre und kommunistische sein.

Über es sind dann auch Kinderreier, wenn man mit einer Partei, die die gleichen politischen Grundzüge vertritt, es ablehnen würde - Waffenbrüderchaft im Moment des Kampfes zu schließen.

Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist kein für sich abgefolgelter Ring. Der Aufbau des kommunistischen Zweals steht nicht abstrakt am sonnlosten, sondern er geht zur selben Zeit vor sich, wo noch die Zerrümmerung vor sich geht. Deshalb kann die Jugend auch nicht durch Mittelstufen usw. vorbereitet werden, um am sonnlosten fertig zu sein für den Kommunismus.

Die Aufgabe der Jugend ist Teilnahme am Kampf, denn der nur verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Vom Kampffelde der Kommunisten

Pirna. Hier sprach Gen. Lewinsohn über das Thema: Spa oder Moskau - Kohlenkaverei oder freie Arbeit. Insbesondere hob Referent die Verpöchtigung der deutschen Arbeiter heros, als Militärtransporte nach Sowjetrußland zu verhindern, was in Pirna bis dahin noch nicht geschehen ist, entgegen den Eaten der Danziger Hafenarbeiter. Er kritisierte das Verhalten von Schiemer, der vom Transport gewiß und nichts gegen die Weiterföherung unternommen hat. Diskussion wurde nicht aufgenommen, die Versammlung stellte sich auf den Boden des K.P.D.

Coswig. Trochdem die Gegner in Coswig die Versammlungsanzeige abgerissen, kam eine äußerst gut besuchte Versammlung von vielen hundert Mann zusammen, in der Gen. Felix Lewinsohn über Spa oder Moskau sprach. In der Diskussion sprachen zwei Mitglieder der K.P.D. Die erste vertrat infimilitä, ohne es zu wissen, die Auffassung der K.P.D., indem vor das Gröndübel der Revolution in der fröge Führer und Mäße sah. Der zweite Diskussionsredner vertrat vor allem die Referentarbeit. Der Referent antwortete ausführlich in seinem Schlußwort auf alle die angebrachten Fragen und erklärte vor allem den Unterschied zwischen Gewerkschaften und Arbeiter-Union.

Hoyerswerth. Ein kleiner Kreis Arbeiter hatte sich zu einer von den Kaubegüter Genossen einberufenen Versammlung am 21. Juli eingefunden, wo Gen. Felix Lewinsohn sprach. Auch hier bewies der hohle Brochüreumstich das starke politische Interesse.

Melzener Hochland. Am 23. und 24. Juli sprach Gen. Heynemann in Polen und Nieder-Ostpreußen bei Neustadt in - trotz des schlechten Wetters - aufsehenden Volkserfahrungen. Die Ausführungen des Redners fanden ungeteilten Beifall. Nach hier zeigte der Anspruch für unsere Literatur und den „Kommunist“, daß die K.P.D. auf dem Vormarsche ist.

Winnau. In Dresden sprach Gen. Heynemann am 26. Juli vor einem kleinen, aber klassenbewußten Häuflein Winnauschiffer. Die interessante Debatte zeigte deutlich, daß gerade bei den Schiffern, die meist abgeschlossener ohne engere Föhlung mit dem politischen Leben sind, noch manches Stück Aufklärungsarbeit zu leisten ist, aber auch, daß der Wille dazu vorhanden.

Gen. Sigrist, Berlin referierte in Sittlersee und Mügeln vor vollbesetzten Volkserfahrungen. Seine überaus sachlichen Ausführungen fanden allgemein starken Anklang.

Groß-Dresden. In Zöbtau sprach Gen. Heynemann für den am Erfolgein verdrängten Gen. Sigrist ein. Die Versammlung war ein voller Erfolg. Ebenso in Striesee, wo Gen. Grandenz-Berlin die ganze Versammlung mit forttrieb. Hier wogte es - wie in so vielen unserer Versammlungen - sein Gegner, trotz wiederholter Aufforderung, zu sprechen.

An unsere Handzettel-Vereine! An die Plakat-Aulen und die Firmenblätter der kleinen Geschäftseleute dürfen Handzettel und Flugblätter auf keinen Fall angeklebt werden. R. A. P. D.

Versammlungs - Kalender

Kommunistische Arbeiter-Partei (K.A.P.)

- Groß-Dresden -

Unterstützungskommission: Donnerstag, den 12. August, abends 6 Uhr im Sekretariat wichtige Sitzung.

Ortsgruppe Altschöe: Gruppenfassung der K.A.P. jeden 2. und 4. Dienstag im Monat. Lokal: Erbgericht. Beginn 7/8 Uhr.

Verantwortlich: Karl Adler, Dresden. Druck: Hausdruckerei, Dresden.

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 32.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.

Dresden, Anfang August 1920.

Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-A., Seminarstr. 23, p.

Preis 40 Pfg. Durch die Parteisträger frei Haus 5 Pfg. Beleggeld extra.

Weltreaktion und deutsche Revolution.

A. S. Die herkömmliche Trennung von innerer und äußerer Politik war von jeher nur ein unzulänglicher Notbehelf. Heute, nachdem das Zeitalter der proletarischen Weltrevolution angebrochen ist, ist es eine wichtige Aufgabe des politischen Schriftstellers, immer wieder zu zeigen, wie die jeweilige politische Situation unloslich zusammengewoben ist aus „äußerer“ und „innerer“ Politik, wie die Konkurrenzkräfte der einzelnen Gruppen des Großkapitals gleicherweise innerhalb jeder einzelnen Nation, wie im Kampf zwischen den Nationen ihre politische Auswirkung zeigen, wie andererseits der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat - ursprünglich der Hauptgegenstand der inneren Politik - umschlägt in einen außerpolitischen Kampf und hier, durch das Dasein und die Wirkamkeit Sowjetrußlands, bereits zur beherrschenden Tatsache der äußeren Politik geworden ist.

Das Proletariat hat in dieser Lage den großen Vorzug vor der Bourgeoisie, daß seine gesamte politische Haltung sich einheitlich von dem Klassenkampfgedanken aus bestimmen läßt und nicht, wie die Politik der Bourgeoisie, daneben noch von Konkurrenzabsichten geführt werden braucht. Es ist der Vertreter der Sozialpatrioten in allen Ländern, daß sie diese klare und einheitliche Politik gestehen, indem sie das Proletariat den Konkurrenzplänen der national verklebten Kapitalistengruppen zu unterwerfen suchen. Nur langsam, Schritt für Schritt, begreifen die national von einander abgeperrten Gruppen der proletarischen Internationale, daß jetzt die Stunde gekommen ist, in vollem Ernst eine internationale solidarische Klassenkampfpolitik zu treiben.

Das deutsche Proletariat steht heute im Mittelpunkt der Weltpolitik, gleichgültig ob man sie als innere oder äußere bezeichnet. Es wagt sich aus dem unruhigen Gegenstand zum handelnden Träger des internationalen Klassenkampfes macht. Die deutschen Arbeiter haben nicht mehr das Recht auf irgend jemand zu warten, - nicht auf die Russen, aber auch nicht etwa auf die italienischen Sozialisten oder auf die englischen Berg- und Transportarbeiter oder auf sonst irgend jemand. Vielmehr kann man dem deutschen Arbeiter heute mit Recht sagen: siehe, aller Augen warten auf dich!

Die englischen und französischen Genossen warten, daß die deutschen ihnen die schwere Aufgabe vormachen, zum ersten Mal in einem hochindustriellen Lande die soziale Revolution durchzuführen. Die italienischen Sozialisten, die die Macht schon übernehmen könnten, wenn sie leichtsinnig wären, warten, daß ihrem wirtschaftlich ganz vom Ausland abhängigen Lande der starke Rückhalt eines proletarischen Wirtschaftsblochs von Sibirien bis an den Rhein geboten wird. Daß die Tschechen und Deutsche Oesterreicher nach den ungarischen Erfahrungen auf uns warten, bedarf keiner Begründung. Und unsere russischen Genossen werden sich gewiß hüten, uns das Rätedeutschland fertig auf den Schüssel auf den Tisch zu tragen. Nicht nur, daß das für uns ein Unheil wäre, denn nur erlösende Macht kann die Arbeiterklasse festhalten, - sondern die Russen haben wahrhaftig nach jahrelangem Bluten, hungern und Frieren im Kampfe gegen die Banditen des Weltkapitals das erste Anrecht darauf, nunmehr endlich einmal die Hilfe des deutschen Proletariats zu erwarten.

Die internationale Konterrevolution weiß genau, daß das deutsche, tschechische und deutsch-österreichische Proletariat der nächste aktive Faktor der Weltrevolution sein wird. Darum baut man vor:

Die drei Kampfpfeiler, die in Europa vom Westen her gegen den revolutionären Osten vorgeschoben sind, sind Polen, Ungarn und Bayern. Davon ist in diesem Augenblick noch Polen der Pfeiler, auf dessen Verfall und Wanken sich alle Augen richten. Die führenden politischen Mächte des internationalen Kapitals, Frankreich und England, einzig im Endziel: Niedererschlagung des Proletariats, - sind uneinig über die Mittel und vor allem über das Tempo. Sie haben Konkurrenzinteressen untereinander, und das wirtschaftlich totrankte Frankreich hat viel weniger Zeit als England. Frankreich treibt fast nur noch eine europäische Politik, während England Weltpolitik treibt, d. h. gegen Rußland vor allem afrikanische Politik.

Daher kommt es auch, daß in der polnischen Frage England immer wieder Verhandlungen vorschlägt, während alle Meldungen aus Frankreich immer wieder die Notwendigkeit militärischer Hilfe fordern. Welcher von beiden Wegen auch endgültig vorgezogen wird: Wir können sicher sein, daß der Staat der polnischen Junker, Kapitalisten und Sozialchauvinisten unter diesem Krieg zusammenbrechen muß, weil die zerstückelte Wirtschaft, mit der er den Raubzug gegen Sowjetrußland begonnen hat, inzwischen zu einem völligen Trümmerfeld zusammen-

Aufruf der Eisenbahn-Hauptbetriebsräte Sachsens an die Gesamtarbeiterschaft!

Die deutsche Reichsregierung hat in öffentlicher Bekanntmachung erklärt, daß sie strikte Neutralität gegenüber den kriegsföhernden Ländern zu föhren bereit ist. Unter Beachtung dieser Neutralitätserklärung haben die Eisenbahnbetriebsräte Sachsens Stellung zu den in den letzten Tagen erfolgten Truppentransporten genommen. Nach eingehenden Erörterungen, die auch central geführt worden sind, und sich über das ganze Reich erstrecken, sind die Betriebsräte einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Truppentransporte, die angeblich Gefangenen Transporte darstellen sollen, zur Unterstützung einer kriegsföhernden Macht Verwendung finden sollen. Eine solche Maßnahme kann nie und nimmer im Interesse des deutschen, des internationalen Proletariats liegen, dessen Interesse unter allen Umständen höher zu bewerten ist als irgendwelche andere Interessen. - Nach eingehender Beratung, an der die sämtlichen Hauptbetriebsräte der Eisenbahner Sachsens und die Vertreter der sozialistischen Parteien Dresdens teilgenommen haben, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Alle Truppentransporte, sowie Beförderung von Munition und sonstigen Heeresfachen werden von den Eisenbahnern unter allen Umständen abgelehnt. Der Hauptbetriebsrat hat an alle Betriebsräte der Eisenbahn in Sachsen unverzüglich Anweisung ergehen zu lassen, daß Ueberwachungskommissionen gebildet werden, welche alles rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben, um auch sogenannte Deckadressen zu verhindern.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahner Sachsens.

Arbeiter, Genossen!

Da die sachgemäße Durchführung dieses Beschlusses nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Arbeiterschaft volles Vertrauen zu den Eisenbahnern hat, erwarten diese, daß sich die Arbeiterschaft jeglichen Eingriffs in das Eisenbahnverkehrsweisen enthält. Die Arbeiterschaft wird daher aufgefordert, in den Betrieben usw. auch ihrerseits Kontrolle zu üben, um festzustellen, ob schon in den Betrieben Material zum Versand kommt, welches zur Unterstützung einer kriegsföhernden Partei dienen kann, eventuelle Wahrnehmungen sind sofort der zugehörigen politischen Partei zu melden, die die Verpflichtung hat, alle Meldungen an den Hauptbetriebsrat der Eisenbahner weiterzuleiten.

Sozialdemokratische Partei. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Kommunistische Partei. Kommunistische Arbeiter-Partei. Allgemeine Arbeiterunion.

gebrochen ist. Für uns deutsche Kommunisten kann es hier nur eine Richtlinie geben: Kämpf Sowjetrußland weiter, weil es will oder muß, so müssen wir seinen Krieg durch unsere revolutionären Kampf unterstützen - unterhandelt Sowjetrußland, so müssen wir dafür sorgen, daß das Weltkapital nicht während der Verhandlungen Zeit findet neue Räuberbanden zusammenzustellen, um sie im Frühjahr wiederum aus nächstem Anlaß gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands zu schicken.

Wenn und wo die Spannung, die aus der polnischen Niederlage sich für uns ergibt, zum offenen Ausbruch föhren wird, steht dahin, ebenso, welches der äußere Anlaß sein wird. Es kann sein, der Transport von Entente-Truppen oder Kriegsmaterial; es kann sein; die Entwaffnungsaktion, die an mehreren Stellen des Reiches mit großer Eile begonnen wird, noch bevor das betreffende Gebot fertig ist; es kann sein: eine militärische Aktion der Truppen, die sich zu dunklen Zwecken in Opreußen sammeln; es kann auch weitere Verschärfung wirtschaftlicher Kämpfe sein (verstärkte Ausbeutung der Kohlen- und Braunkohlenarbeiter, steigende Arbeitslosigkeit). Wir wissen es nicht, aber wir müssen uns gerüstet halten, jeden Tag, auch wenn es uns heute noch zu früh scheint.

Vielleicht aber haben wir so lange Zeit, bis der andere reaktionäre Hofen Bayern, sich aktiv bemerkbar macht. In Bayern arbeiten „Förderalisten“, d. h. Kleinbürger, Bauern, Pfaffen, und rechtzeitig einen selbständigen starken süd- (und west-) deutschen reaktionären Block gegen ein bolschewistisch-verfeuchtes Mittel- und Norddeutschland zu schaffen. Die bayrischen und süddeutschen Einwohnerwehren werden nicht entwaffnet (und Feilschert wird wohl keine Reichserkennung hinsichtlich), die bairischen Agrarier wollen sich von der Zwangswirtschaft des Reiches frei machen. Alle diese

Der Stand der Wirtschaft in Sowjet-Rußland.

Von N. Bucharin.

(Schluß.)

IV. Textilindustrie.

Baumwollindustrie (Spinnereien, Webereien, Fäberei und Appreturfabriken). In der Spinnereindustrie waren nach der Statistik vor dem Kriege ohne Polen und Finnland 88 Fabriken mit 7 Millionen Spindeln vorhanden. Zum 1. September 1919 arbeiteten 384 000 Spindeln, zum 1. Dezember 546 000

Spindeln. Im Jahre 1919 arbeiteten: im Januar 408 000 Spindeln, im März 531 000 Spindeln, im April 319 000 Spindeln und eine unbekannte Zahl von Zwirnspindeln. Für die Zukunft ist eine Stofgruppe (Zusammenschluß der leistungsfähigen Werke) von 17 Spinnereien mit 34 000 Spindeln ausgedacht worden. In der Webereiindustrie ist jetzt eine Stofgruppe ausgegliedert worden, die 34 Fabriken mit 17 841 Webstühlen umfaßt. In der Färberei- und Appreturindustrie sollten nach dem Programm vom Dezember 1919 32 Fabriken mit einer geplanten Erzeugung von 60 000 Stück täglicher Produktion arbeiten. In Wirklichkeit standen viele Fabriken wegen Mangels an Heizmaterial still. Augenblicklich arbeitet nur eine Stofgruppe von 16 Fabriken. Die durchschnittliche tägliche Produktivität aller Fabriken in den ersten fünf Monaten des Jahres 1920 ist folgendes:

Januar, Februar, März, April, Mai	in tausend Stück	9 1/2	10	13	13 1/2	13 1/2
-----------------------------------	------------------	-------	----	----	--------	--------

Im allgemeinen macht die Heizmaterialkrise, der Mangel an Rohstoffen und qualifizierten Arbeitern in Verbindung mit der Lebensmittelerzeugung nur die Arbeit der Stofgruppe möglich. (Diese umfaßt in der Baumwollindustrie 78 200 Arbeiter; nicht einbezogen sind hier 100 000 Arbeiter anderer Fabriken.)

Die Wolle verarbeitende Industrie. Nach dem Plan sollen 84 Fabriken (76,3 Prozent) mit 419 Apparaten (63,3 Prozent der allgemeinen Leistungsfähigkeit), 198 933 Spindeln (59,5 Prozent) und 8385 Webstühle (42,5 Prozent der Leistungsfähigkeit) arbeiten. Von acht Verwaltungen steht nicht eine einzige still, die Mehrzahl der Fabriken arbeitet. Die Fabriken sind auf 9 Monate mit natürlicher Wolle versorgt, mit künstlicher auf 3 1/2 Monate, mit Lumpen auf 10 Monate.

Flachsindustrie. Nach der Spindelzahl arbeiteten am 1. Februar 52 Prozent. Im Januar wurden 90 780 Pfd. Gespinnst erzeugt. Die Fabriken sind mit Rohstoffen versorgt. Webstühle sind im ganzen 14 000 vorhanden. Von ihnen arbeiteten am 1. Febr. 5702, d. h. 40 Prozent. Im Januar wurden 4800 Quadrat-Ashin Gewebe erzeugt (48 000 Pfd.). Die Hauptleistung ist Heizmaterial und Lebensmittelerzeugung, sowie auch die Tatfäbe, daß qualifizierte Arbeiter über ganz Rußland zerstreut sind.

V. Chemische Industrie. Gummiindustrie. Bis zum September 1917 gab es in Rußland 7 größere Werke. Von ihnen arbeiten gegenwärtig vier. Vor dem Kriege waren in der Gummiindustrie ungefähr 30 000 Arbeiter beschäftigt, gegenwärtig ungefähr 6000. Die Produktivität beträgt ungefähr 5 Prozent der normalen. Sehr kritisch steht die Frage des Heizmaterials und der Versorgung mit elektrischer Energie. Der Rohkaufschuß wird bei den jetzigen Bedingungen auf 3 Jahre reichen, obgleich dies bei normalen Bedingungen ein Vorrat auf 2 Monate ist.

Glas- und Porzellan-Industrie. Vor dem Kriege waren 275 Glaswerke plus 20 Porzellanfabriken vorhanden (im ganzen 93 000 Arbeiter). Anfang 1919 verblieben auf dem Gebiet Sowjetrußlands noch 160 Betriebe, von denen 80 arbeiteten, mit einer Arbeiterzahl von 40 000. Gegenwärtig arbeiten 78 Betriebe mit 32 000 Arbeitern. Im Jahre 1919 wurden ungefähr 80 000 Kisten Fenster-

glas erzeugt, d. h. ungefähr 60 bis 65 Prozent im Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege, eine sehr bedeutende Zahl. Die Einschränkung der Produktion wird hauptsächlich durch den Mangel an Heizmaterial, Rohstoffen und Arbeitskräften bedingt. In dem zweiten Vierteljahr des Jahres 1920 wird geplant, 40 Fabriken in Betrieb zu halten.

Die Hauptverwaltung für Papierindustrie. Sie umfaßt 112 Unternehmungen. Von ihnen arbeiten aber nur 72 mit 18 500 Arbeitern und Angestellten. Im Jahre 1919 wurden 2 638 000 Pfd. produziert, d. h. 69 Prozent des Planes. Im Jahre 1920 hat sich die Produktion von Papier und Kartons sehr verringert. Der Hauptgrund ist der drohende Mangel an Heizmaterial sowie das Fehlen von Regen.

VI. Genuß- und Lebensmittel. Tabakindustrie. Im Jahre 1920 waren 40 Fabriken vorhanden, von denen acht nicht arbeiteten. Die jährliche Produktion betrug im Jahre 1919 bei den höheren Sorten 32 Prozent der Erzeugung vor dem Kriege, bei Rippentabak 25 Prozent. Das Erzeugungsprogramm für Januar bis April ist bis zu 75 bis 94 Prozent erhöht worden. Die hauptsächlich erschwerehenden Gründe sind das Fehlen von Heizmaterial und der Krieg im Süden.

Die Stärke- und Sirupindustrie. Gegenwärtig bestehen 2555 Betriebe, davon 1500 kleine Hausbetriebe. Die Zahl der Arbeiter beträgt 13 800 die tägliche Produktivität 373 000 Pfd. Faktisch arbeiteten in der Saison 1918 bis 1919 206 größere und 343 kleinere Betriebe. Augenblicklich fehlen in den Betrieben Rohstoffe, und alles hängt davon ab, welches Quantum von Kartoffeln sie erhalten werden.

Die Haupt-Teerverwaltung. Im Frühling 1920 bestanden 22 Unternehmungen, die Erfaßmittel produzierten, mit einer allgemeinen Zahl von 15 000 Arbeitern plus 300 Mann. Von 22 Unternehmungen arbeiteten tatsächlich 16. Die Produktivität aller Fabriken betrug im Jahre 1919 244 991 Pfd., im April 1919 668 055 Pfd., im September 1 053 459 Pfd. Darauf trat ein Rückgang ein, dem dann wieder ein schnelles Steigen folgte. Im Januar 1920 wurden 697 000 Pfd., im Mai 1 700 000 Pfd. produziert.

VII. Die Elektroabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates.

Hier sind eingeschlossen: 10 elektrische Stationen, 39 Werke, die durch den Elektrotzucht vereinigt sind, 6 elektromechanische Unternehmungen, 11 Privatunternehmungen, 8 kleinere Werkstätten für Installationsmaterialien.

Die Arbeitsleistung der elektrischen Stationen betrug für die vier Monate des Jahres 1920 8000 Kilowatt, nach Petersburg 6800 bis 6500 Kilowatt.

Von 39 Unternehmungen arbeiteten 33 mit einer allgemeinen Arbeiterzahl von 9578 Mann.

Das ist das allgemeine Bild. Ein nicht sehr freundliches Bild, wenn man die Dinge, so wie sie sind, betrachtet und nicht in die Zukunft schaut. Demnach ist es zu gleicher Zeit klar, daß man vieles tun kann, wenn die Hauptfragen gelöst sind: Die Frage des Heizmaterials und des Transports. Aber

gerade diese beiden Zweige werden fortschreiten und schreiten fort. Der Transport verbessert sich, wenn auch langsam. Die ungeheuren Lagerbestände in Baku werden den Transport und die Industrie beloben. Es wird die Möglichkeit kommen, die in den Fabriken fehlenden, aber vorhandenen Rohstoffe hinüberzutransportieren. Hierauf muß man die Hauptanstrengungen der wirtschaftlichen Arbeit konzentrieren. Aber ihr Erfolg hängt noch von einem anderen Faktor ab; von der Sicherheit unseres Territoriums. Darum muß der Kampf der Roten Armee gegen den Baron Wrangel und gegen die polnischen Junker um jeden Preis zu Ende geführt werden. Ohne dies ist keine wirtschaftliche Wiedergeburt möglich.

Zwei Verordnungen der russischen Sowjet-Republik.

(Aus „Politiken“, Stockholm.)

Am 5. Mai d. Jahres veröffentlichte die Sowjetregierung zwei Dekrete von außerordentlicher Bedeutung für die Industrie und Landwirtschaft Rußlands.

I. In Ergänzung des Dekretes über die Sozialisierung des Bodens, das das Privateigentumsrecht an der Bodenschicht und den Schätzen des Bodens inners aufhob (1918), ist am 5. Mai ein Dekret erlassen worden, in dem eine neue Ordnung hinsichtlich der Nutzung der Bodenschätze im Erdinnern festgelegt wird. Alle Verträge betreffend Rechte von Privatpersonen und Gesellschaften auf das Erdinnere werden annulliert. Die Ausbeute von Bodenschätzen und die Verteilung gewonnener Mineralien, die allgemeine Leitung und Kontrolle über die Erdbodenindustrie werden dem Bergsowjet beim Obersten Volkswirtschaftsrat zugewiesen.

II. Das andere Dekret bezweckt die Hebung der Produktivität des Landbaues, die gegenwärtig sehr leidet infolge der oft vorgekommenen unbilligen Verteilung des Landes durch die Ortskommunen. Es stellt eine Ordnung fest, wonach eine Neuverteilung von Land von Seiten der Landkommunen nur mit Zulassung durch die örtlichen Landwirtschaftsräte ausgeführt werden kann. Eine vollständige Neuverteilung wird verboten bis zum Abschluß der Bodenbestellung gemäß der Sozialisierungsverordnung von 1918.

Arbeitslohn und Unternehmerprofit. Die richtige Beurteilung der Gewinnergebnisse der Aktiengesellschaften ist stets äußerst schwierig, da durch, daß es nur möglich ist, den Gewinn im Verhältnis zum Aktienkapital, nicht aber auch im Verhältnis zum ausbezahlten Arbeitslohn festzustellen. Nur ganz selten gelangen Mitteilungen an die Öffentlichkeit, die einen solchen Vergleich ermöglichen. Derartige Mitteilungen sind deshalb von besonderem Werte und um so beachtlicher, je bedeutender das Werk ist, für das sie gelten.

Die Aktiengesellschaft Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., in Leverkusen

hat, bekamen sie doppelt so viel. Es scheint, daß die Armeeverwaltung nach dem Sieg über Denikin die Rationen erhöht hat, um die Stimmung der Truppen zu halten. Ein Kartensystem gäbe es nicht. Der Gesundheitszustand seiner Truppe war recht gut. Er selbst war die zwei Jahre nie krank, das Dienen bekäme ihm ausgezeichnet. Was Medikamente seien, wußte er nicht. Es gäbe zwar, wie er gehört habe, nicht viel Arznei, aber dafür seien sie viel aufmerksamer und netter. „Früher habe man einem Mann, der Zahnweh hatte, gleich den Kopf abgenommen. Jetzt wird der Soldat auch vom Arzt gut behandelt.“

Auf die Frage nach den Zuständen auf dem Lande sagte er, daß auch arme Bauern Land bekommen hätten; er gebe jedoch zu, daß die Landverteilung noch nicht vollkommen sei. Es gäbe noch reiche Bauern, allerdings keine Großgrundbesitzer. Die Landverteilung könne jetzt noch nicht vor sich gehen, weil es viele Soldaten, viele Kriegsgefangene und überhaupt noch keinen Frieden gäbe.

Vor der polnischen Armee habe er gar keinen Respekt; dabei unterschied er merkwürdigerweise sehr scharf die polnischen von den russischen Polen. Die Polen seien besser gekleidet und überhaupt feinere Leute; die russischen Polen furchtbar elend und unsauber, ihre Armee sei sehr schlecht. Auf die Frage, warum er eigentlich gegen die Polen kämpfen wolle, antwortete er, die Polen hätten doch die Absicht, Rußland wieder unter ihre Foch zu bringen. Es ist charakteristisch für die Art der Propaganda, daß auch das nationale Moment anscheinend bei dem Kampf gegen die Polen stark betont wird.

Auf die Frage, ob es einen Krieg zwischen Russen und Deutschen geben würde, antwortete er merkwürdigerweise, daß die Deutschen gegen die Russen nicht kämpfen können, weil sie dann gegen eigene Brüder würden kämpfen müssen. Es gäbe doch in der russischen Armee so viel Deutsche. Auf die Frage, was man tun würde, wenn man an die deutsche Grenze käme, antwortete er wörtlich: „Dann würde man stehen bleiben, und wenn die Deutschen nicht schießen würden, würden die Russen es auch nicht tun“; eine überaus interessante Aufklärung für einen durchschnittlichen russischen vollen Soldaten.

(Kreis Solingen) hat im Geschäftsjahr 1919 einen Reingewinn von 27,2 Millionen Mark erzielt, aus dem 18 Prozent Dividende gezahlt werden. Das ist nichts Außergewöhnliches. Wesentlich anders wird aber das Bild, wenn man den Reingewinn in Beziehung zur Gesamtsumme der Löhne und Gehälter setzt. Dieser Betrag läßt sich durch Umrechnung anderer zufällig gemachter Zahlenangaben auf 57,4 Millionen Mark feststellen. Der Reingewinn beträgt also nicht weniger als 47 Prozent der Gesamt-Lohn- und Gehaltssumme. Mit anderen Worten: 100 Mrk. Lohn oder Gehalt standen jeweils 47 Mrk. Reingewinn für die „notleidenden“ Aktionäre gegenüber.

Diese Tatsache ist heute, nach der Revolution, die nach dem Willen des größten Teils der Arbeiterklasse das Ende kapitalistischer Profit- und Mehrwertwirtschaft herbeiführen sollte, so empörend, daß sie keines Kommentars bedarf.

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Das Massenelend tritt immer deutlicher zutage. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der Erwerbslosen am 15. Juli

357 143

gegen 321 126 am 1. Juli, 297 185 am 15. Juni und zirka 270 000 am 1. Juni 1920.

Die Arbeitslosen fragen: Wo find die Rohstoffe? — Deshalb die Arbeitslosigkeit? — Es gibt nur eine Antwort: Die Naturerträge sind heute in genügendem Maße vorhanden, die Profitgier der Unternehmer, das kapitalistische System wirkt Euch aufs Straßengestühl! Es gibt nur eine Rettung und das ist die

Solidarität der Proletarier im Kampf um die Räterepublik.

Was bedeutet das Kohlenabkommen von Spa?

1. Deutschland stellt vom 1. August 1920 ab auf vorläufig 6 Monate den Alliierten monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung. Dafür wird ein Abkommen über Obererschleien getroffen, das der deutschen Regierung das Recht der Verteilung der obererschleischen Kohle oder mindestens die Verfügung über mindestens 1 1/2 Millionen Tonnen monatlich gibt. — Das bedeutet, daß das englische Programm über das französische gestrichelt hat. Die deutsche Industrie kann Kohlen bekommen; um für englische Rechnung zu arbeiten, z. B. freilich mit der erheblich teureren Fracht von Oberschlesien her. Es bedeutet ferner, daß der deutsche Bürgerblock ein materielles Interesse daran bekommt, in Oberschlesien, gegenüber einer Bedrohung von dem revolutionären Polen her, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

2. Die gelieferten Kohlen werden zum Inlandspreis auf das Wiedergutmachungskonto angerechnet; die Differenz zum (höheren) Weltmarktpreis wird den deutschen zur Bezahlung. — Auch hier der Sieg Englands: Frankreich kann sich solche Barzahlungen kaum mehr leisten; England wird also faktisch über den größten Teil der Kohlen verfügen und die deutschen Juchendbarone für ihre Bettelienste reichlich bezahlen.

3. In Essen wird eine gemischte Kommission eingesetzt, die die Lebenshaltung der Bergarbeiter verbessern soll. — Das bedeutet, daß die tapferen Proletarier des Ruhrgebiets mit Speck gekostet und gefangen werden sollen wie die Mäuse. Den Rotgardisten der Märztage will man jetzt beibringen, zahm aus der Hand zu fressen, nachdem man glaubt sie durch Hunger und Kriegsgerichte kirre gemacht zu haben. Sie sollen sich brav schinden für die vereinigte deutsch-französisch-englische Räuberbande, dann will man ihnen auch einen Brocken Fraß hinschmeißen. Und der große Gewerkschaftsführer Hue hat wacker mitgearbeitet an dieser ekelhaften Schmutzerei, die schlimmer ist als alle Bluttateteil, weil sie den Arbeiter herunterdrückt auf die Stufe eines dreijährigen Viehs.

Das bedeutet das Kohlenabkommen von Spa. A. E.

Agrarische Selbstherrlichkeit.

Das „Pyrischer Kreisblatt“ berichtet von folgendem netten Kraftstück der Agrarierclique: Am Dienstag, den 17. Juli 1920 hat sich eine Kommission der Reichsgetreidestelle im Pyrischer Kreis befunden, die eine Nachschau bei den ländlichen Besitzern vorzunehmen beabsichtigte. Als Sprecher der Landwirte nahm Herr Blankenbagen „Rachitt“ Gelegenheit, der Kommission bei ihrem Eintreffen sogleich mitzuteilen, daß die Landwirte des Kreises im Landbund geschlossen zusammenstünden. Eine Nachschau würde sich kein Landwirt mehr gefallen lassen. Der Erfolg des einmütigen Zusammenhaltens war, daß die Berliner Herren am folgenden Tag unverrichteter Sache umkehrten. Großartig! Da haben wir nun ein schwebendes und schwebendes Parlament, das in sich den Volkswillen verkörpert und diesem Volkswillen in Form von Gesetzen Geltung verschaffen soll. Und auf der anderen Seite stehen ein paar ihrer Macht sich bewußte Agrarier, die durch die Gemeinsamkeit ihrer schmutzigen Sonderinteressen verbunden, sich stark genug fühlen, den Beauftragten der „Volksregierung“ in nicht mißzuvergebender Deutlichkeit die Tür zu weisen. Fällt es Euch nicht wie Schuppen von den Augen, Arbeiter! Seht Ihr nun, daß das das vielgepriesene und immer als Machtfaktor

der bürgerlichen Gesellschaft hingestellte Parlament ein so fieses und schwaches Lebewesen ist, daß man ihm mit einem einzigen Fußtritt den Garaus machen kann. Befreit Euch von dem Wahn schwachköpfiger oder ehrgeiziger Führer, die meinen, das Parlament wäre der Hebel, mit dem man die bürgerliche Gesellschaft aus ihren Angeln reißen könne. Richtet auch euren Blick nach Ungarn und seht, daß das Parlament zu allen Zeiten im entscheidenden Moment stets eine Puppe ist in der Hand der bewaffneten herrschenden Klasse. Nicht also auf das Parlament kommt es an, sondern einzig und allein darauf, wer in der Stunde der Entscheidung die Macht der Massen trägt. Jede zielbewußte Revolution hat ihre erste Aufgabe deshalb darin zu erblicken, der Bourgeoisie die Massen zu entwenden und sie dem arbeitenden Volke zum Schutz der werdenden sozialen Gemeinschaft zu übergeben. Haltet euch frei von der geschwätigen Lügenhaftigkeit des Parlamentarismus, fordert und bekämpft auch zur Diktatur des Proletariats! Friedrich.

Die belagerten Zittauer Arbeiter haben den richtigen Weg begangen. Wenn sie den verschärften Generalstreik einleiten, so werden sie bei ein wenig Kampfesfestigkeit ihr Ziel erreichen. Wir nehmen es als selbstverständlich an, daß die Forderung an die Regierung zwecks Ausrufung der Räterepublik ein Schwändel der bürgerlichen Presse ist; denn es kann ja nur als schlechter Witz betrachtet werden, daß Arbeiter von der Regierung eine Freigabe ihrer Macht verlangen sollten. Für uns Kommunisten ist es klar, daß es nur einen Sturz der Regierung durch die revolutionäre Arbeiterklasse geben kann, wie es nur eine konsequente Expropriation der Expropriateure gibt.

Der Belagerungszustand marschiert auf!

In Zittau Räterepublik! Die Behörden abgesetzt! Der rote Terror wütet! — So heult die bürgerliche Zeitungshure im ganzen Reiche. Und was war in Zittau?

In Zittau provozierte ein wohlgenährter Schlächtermeister namens Schwöniger die Arbeiter, indem er erklärte, wenn die Arbeiter die Wurst nicht zu Schleichhandelspreisen kaufen können — „sollen sie Sägespäne fressen“. Darauf Empörung der Massen, die Sicherheitswehr schießt! Nun erklären die Arbeiter, sie verlangen den Abzug der Truppen, die Preßenteuheit „Räterepublik“ und:

Der Belagerungszustand verhängt!

Es steht fest, die Regierung erkennt ihre Ohnmacht von Tag zu Tag deutlicher, sie benötigt dringend des Belagerungszustandes. Der Anfang ist da. Die schon die Sache vorbereitet ist, zeigt uns folgendes in unjere Hände gelangte Dokument:

Strenge vertraulich! Mittelherwigsdorf, 27. Juli 1920.

Sehr geehrter Herr!

Hiermit Einladung für Sonntag, den 1. August d. J., nachmittags 1/3 Uhr, zur vertraulichen Sitzung im Saale der Feldjäger Promenadenunterstadt Zittau-Neubad. Tagesordnung: Referat des Herrn Dr. Marschner-Dresden über: „Organisation der städtischen und ländlichen Bürgerchaft zur Abwehr des Spartakistenanstandes“. — Da dieser planmäßige Aufstand in nächster Zeit kommt, ist es unser aller Ehrenpflicht, Scholle und Beigut nicht kampflös aufzugeben, weswegen auch Ihr Erscheinen dringend erforderlich ist, und gewünscht wird, solche maßgebenden Herren Ihrer Ortsgruppe mitzubringen, deren Mitarbeit und Verschwiegenheit als sicher gilt. Mit hochachtungsvollem Bundesgruß Julius Förster.

Die Zittauer Arbeiter haben den richtigen Weg begangen. Wenn sie den verschärften Generalstreik einleiten, so werden sie bei ein wenig Kampfesfestigkeit ihr Ziel erreichen. Wir nehmen es als selbstverständlich an, daß die Forderung an die Regierung zwecks Ausrufung der Räterepublik ein Schwändel der bürgerlichen Presse ist; denn es kann ja nur als schlechter Witz betrachtet werden, daß Arbeiter von der Regierung eine Freigabe ihrer Macht verlangen sollten. Für uns Kommunisten ist es klar, daß es nur einen Sturz der Regierung durch die revolutionäre Arbeiterklasse geben kann, wie es nur eine konsequente Expropriation der Expropriateure gibt.

Rüftungen der Reaktion.

Cuxhaven, 16. 7. Hier ist aus dem Munsterlager kommend das „Schiffsflam-Detachement“, die frühere Marinebrigade Ehrhardt, mit klingendem Spiel eingerückt und hat sofort auf der Kaserne die schwarzweißrote Fahne gehißt. Da die etatsmäßig genehmigte Mannschaftszahl noch nicht voll ist, werden neue freiwillige eingestellt. — Die bisher in Cuxhaven liegende Küstenschutzabteilung, die im März nicht zu Kappe übertrat, sondern ihre Putschoffiziere absetzte, wurde „zur weiteren Ausbildung“ ins Munsterlager befördert.

Berlin, 19. 7. In den nach den Friedensvertragsbestimmungen bis zum 10. 9. zu entlassenden 10 000 Minenjägern gehören nicht die in die Marine aufgenommenen 5000 Angehörige der aufgelösten Marinebrigade. Diese 5000 Mann zählen zum etatsmäßigen Stand der Marine. (Nationalzeitung Nr. 158.)

Berlin, 25. 7. Nach dem „Vordwärts hat der Reichsstaatsminister von Raumer (Deutsche Volkspartei) dem Ministerium den Plan unterbreitet, die Reichswehr-

soldaten, die entlassen werden müssen, in Gruppen von 6 Mann in die Landwirtschaft zu überführen.

Arnsvalde (Brandenburg), 20. 7. Der Arbeitsgemeinschaft des Hauptmanns Pfeffer, des Gründers des „Frontbundes“, gehören bereits 4 Kompanien Infanterie, mehrere Batterien Artillerie, darunter eine Batterie der „Eisernen Division“, Train, Verpflegungs- und Sanitätspersonal. Die Mannschaften sind in Gruppen in der Landwirtschaft des Kreises Arnsvalde (auf den Rittergütern usw. ihrer agrarischen Bundesgenossen) untergebracht. Die Lohnsätze belaufen sich auf täglich 12—15 Mark in bar, außerdem Verpflegung, Unterbringung, Versicherung und Krankentasse. Der wegen der Gründung des „Frontbundes“ seit längerer Zeit flechtlich verfolgte Hauptmann Pfeffer wohnt Hotel Eadlich, Marktplatz, Arnsvalde, Telefon Nr. 10.

Eiegenitz, 20. 7. (Eiegenitzer Volkszeitung). In Schönborn fand vorigen Sonntag nachmittags eine große Schießübung statt, an der sich eine große Anzahl gegenrevolutionärer Besizer mit 98er Gewehren beteiligten. Von anderen Orten haben wir schon berichtet, um die Zahl der hiervon betroffenen Gemeinden wird immer größer, so daß schon jetzt zu erkennen ist, daß diese Organisation das Land neartig überzieht und daß in Schlesien eine reaktionäre Armee in Bildung begriffen ist. Die einzelnen Kreise sind in Bezirke und Unterbezirke eingeteilt, und unter den Augen der Behörden werden Waffen an die Besizer der landwirtschaftlichen Betriebe verteilt.

Hamburg, 21. 7. Auf dem Gute Burgtheide bei Hamburg wurde ein Waffenlager von 600 Gewehren, 600 Stahlhelmen und 20 Maschinengewehren entdeckt.

Osnabrück, 21. 7. Am 8. März wurde hier eine Passivistenversammlung durch Angehörige des Freikorps Eickhoff gesprengt, wobei ein Versammlungsteilnehmer durch einen Schuß verwundet wurde. Das Verdict der Reichswehrbrigade 10 leitete eine Untersuchung ein und verbot bis zum Mai den Täter nicht zu ermitteln. Die passivistische Vereinigung selbst konnte dagegen Mitte Mai den Freikorpsangehörigen Man Efer als Täter feststellen. Er legte ein Geständnis ab und wurde verhaftet. Am nächsten Tag wurde Efer von dem Untersuchungsrichter wegen „mangelnden fluchtverdrachts“ aus der Haft entlassen. Der Verdunnete, Eithogrich Knuppe, erhielt dieser Tage eine Mitteilung des Reichswehrbrigadegerichts 10, datiert Hannover 2. 7., daß das Vergehen wegen Körperverletzung gegen Unbekannt eingestellt werden müsse, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben sind, und weitere Ermittlungen wegen der inzwischen erfolgten Auflösung des Truppenteils ausichtslos sind.

München, 21. 7. Die Bayerische Königsparade veröffentlicht einen neuen umfangreichen Aufruf, in dem sie zur Sammlung aller derer aufruft, die dem bayerischen Volk und Königtum eine feste Grundlage für den Wiederaufbau schaffen wollen. Bayern könne nicht bis zur Wiederherstellung des deutschen Kaiseriums warten. Es müßten vielmehr diejenigen Völker, deren Bestimmung überwiegend monarchisch sei, ihre Krone wiedergewinnen, ehe sie dem Reich nach dem Willen der Völker wieder eine Spitze geben. — In einer Massenversammlung des deutsch-völkischen Schutz- und Trugbundes wurden folgende Forderungen gestellt: Erstens: Aufstellung eines Diktators gegen das in Berlin zentralisierte Wucher- und Schieberium, zweitens: Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach München, nicht aus Gründen der Kostentrennung des Südens vom Norden, sondern zur Befreiung der Reichsleitung aus der Umflammerung der U.S.P. und der Kommunisten.

Aus der Internationale.

Der Kongreß der jugoslawischen Kommunisten.

Wie die Wiener „Rote Fahne“ berichtet, fand Ende Juni in dem Städtchen Vukovar der zweite Kongreß der kommunistischen Partei Jugoslawiens statt. Anwesend waren 400 Delegierte, die 80 000 Mitglieder vertraten. Auf dem Kongreß wurde konstatiert, daß die kommunistische Bewegung trotz der Reaktion, die heute in Jugoslawien wütet, einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, während die sozialdemokratische Partei vollständig abgewirtschaftet hat.

Der Kongreß antwortete auf das letzte Schreiben Sinowjews an die Balkanvölker, indem er sich in seiner großen Mehrheit auf den Boden des Programms der Extremisten stellte. Das Programm erklärt es für eine Notwendigkeit das kapitalistische System durch das kommunistische zu ersetzen, und gibt als Mittel zur Durchführung die Bewaffnung und die Diktatur des Proletariats an. — Die Gemäßigten, welche der Ansicht waren, daß das jugoslawische Proletariat die Revolution nur im Anschluß an eine solche in Deutschland, Österreich oder Italien durchkämpfen könne, und deshalb ein Minimalprogramm für die Tagesbedürfnisse des Proletariats aufstellen wollten, blieben in der Minderheit. Die Partei, die bisher „sozialistisch-kommunistische Arbeiterpartei“ hieß, nahm nun den Namen „Kommunistische Partei Jugoslawiens“ an. Mit den Beschlüssen dieses Kongresses ist eine endgültige Klärung erfolgt — sie werden nicht ohne Wirkung auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den übrigen Balkanländern bleiben.

Der Sowjet-Soldat.

Die nachfolgenden Ausführungen aus der „Dolischen Zeitung“ v. 30. 7. enthalten die Aussagen eines russischen bolschewistischen Soldaten, der Anfang April 1920 von den Polen gefangen genommen wurde; sie haben in der Zwischenzeit an Aktualität keineswegs verloren, sondern angesichts der augenblicklichen militärpolitischen Lage eher an Bedeutung gewonnen.

Der junge 20jährige Soldat stammt aus einem inneren Gouvernment Rußlands, ist Analphabet und ein überzeugter Bolschewist; seine bolschewistischen Ansichten entkommen also nur mündlichen Belehrungen und sonstigen propagandistischen Reden. Als er noch nicht diente, arbeitete er im Sommer auf dem Lande. Da sein Vater aber zu wenig Grund und Boden hatte, mußte er im Winter in die Fabrik gehen, stellt also den bekannten Typus eines russischen Industriearbeiters dar, der gleichzeitig noch Bauer ist. Der junge Soldat machte einen überaus intelligenten, mit Mutterwitz begabten Eindruck, war redselig und vergnügt. In der kaiserlichen Armee hatte er wegen seiner Jugend nicht gedient. Als die Verhältnisse 1918 schlecht wurden, hat er sich bei der bolschewistischen Armee gemeldet. Die Ausbildung war sehr kurz. Wie er sagte, bekam er das Gewehr in die Hand und mußte gleich zusehen, wie er schießen konnte. Später kam er an die Front gegen Denikin.

Das Verhältnis zwischen den Offizieren und Soldaten ist — nach seinem Bericht — recht gut. Offiziere gäbe es genug, jetzt ganz besonders in reichlichem Maße, weil sich die alten kaiserlichen Offiziere fortwährend zur Armee meldeten, und vor allem die deutschen Kriegsgefangenen stark in der bolschewistischen Armee vertreten seien. In seiner Kompanie habe es unter 200 Russen 58 Deutsche gegeben. Der Hauptmann sei ebenfalls ein Deutscher und sehr beliebt gewesen, wie sich überhaupt die Russen mit den Deutschen und den Angehörigen anderer Nationen in der Armee sehr freundlich und kameradschaftlich verhalten hätten. Burezeit seiner Gefangenahme habe er 1000 Rubel besessen (die Löhnung beträgt 20 Rubel per Tag). Auf die Frage, ob jeder Soldat so viel Geld habe, antwortete er, daß derjenige, der kein Wodka trinke

und keine Karten Spiele, immer genug Geld hätte.

Die Disziplin in der bolschewistischen Armee sei sehr gut, jedoch gehorche man nicht auf Befehl, sondern, wie er sich ausdrückte, „nach dem Gewissen“. Alle militärische Anreden gäbe es nicht mehr, und auch der Offizier würde mit Genosse angesprochen. Natürlich ständen die Soldaten vor den Offizieren stumm; das geschähe aber deshalb, weil jeder Soldat in der Armee „nach dem Gewissen handle und es dumme sei, vor demjenigen, der kommandiert, nicht ordentlich zu stehen“. Einen General habe er nie gesehen, auch keinen der höheren Befehlshaber, doch wußte er, daß der „erste Oberbefehlshaber“ Trozki heiße. Auf die Frage, wer Trozki sei, antwortete er „ein Jude, der sehr beliebt ist“. Ueberhaupt sind die Juden in der Armee sehr gern gesehen. Sie geben sich nie gefangen. Da sie die Polen hassen und die Polen sie alle totschlagen, hätten sie erklärt, sie würden lieber Selbstmord begehen, als in polnische Gefangenschaft zu geraten.

Die Verpflegung sei früher schlecht gewesen, jetzt aber, seitdem Denikin geschlagen ist, bedeutend besser geworden. Als unser Bolschewist sich bei der Armee meldete, kostete ein Pfund Brot 50 Rubel. Jetzt kostet ein großes Brot 30 Kopeken pro Pfund, Weizenbrot 50 Kopeken, neue Schuhe 80 Rubel, alte Schuhe 50—60 Rubel, 1 Pfund Fleisch kostet 1 Rubel, Wurst 98 Kopeken, Butter 3 Rubel, 15 Stück Eier 4 Rubel. Das einzige was noch fehlt, sei Zucker. Man bekäme ihn nur von der Genossenschaft. Auf die Frage, warum das so sei, da demnach die Zuckersfabriken doch nicht arbeiteten, antwortete er, daß dafür die Arbeiter in den Tuch- und Munitionsfabriken tätig seien. Sobald es genug Tuch und Munition gäbe, würde die Regierung die Zuckersfabriken eröffnen und die Munitionsarbeiter in diese Fabriken einstellen. Im übrigen sei die Verpflegung ausgezeichnet. Etwas drastisch äußerte er sich dahin, daß alle seine Kameraden sich in der Armee „dick gefressen hätten“. Er bekam täglich 1 1/2 Pfund Brot, viermal wöchentlich 1 Pfund Fleisch, viermal wöchentlich 1/2 Pfund Speck und nur 2 Pfund Zucker monatlich. Dazu kämen noch Trauben, Reis und dergl. mehr. (Diese Angaben stimmen überein mit den sonstigen Mitteilungen über die Verpflegung der russischen Armee.) Vor November bekamen sie nur 1/2 Pfund Brot pro Tag. Seitdem Denikin geschlagen

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Sachsen).

Nr. 33.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.

Dresden, Mitte August 1920.

Verlag und Expedition: Kommunistische Buchhandlung Dresden-2, Seminarstr. 23, p.

Preis 45 Pfg. Durch die Parteianstalten frei Haus 5 Pfg. Beleghe gratis extra.

Die Wahrheit über Zittau. Aufruf an das Proletariat Deutschlands!

„Gewalttätiger Umsturz in Zittau!“
„Linksputz in Zittau!“
„Räterepublik Zittau!“

Arbeiter, Klassengenossen!

Mit diesen Schreckensrufen wurde vor 14 Tagen der ordnungsliebende Spießer aus dem Schlafe geweckt. Mit Grauen dachte er an den Roten Terror. Berge von Leichen türmten sich vor seinem geistigen Auge auf, maffarierte Kinder und geschändete Frauen, in Erinnerung an all die Schandtat der Bolschewiki in Rußland, an die Schreckensherrschaft der Kommunisten in Räte-Ungarn, an die hölzardischen im Dogland! Der Spießer suchte: Zum Teufel mit dieser Regierung von Schlappschwänzen, die es nicht fertig bringt, die Kanaille von Proleten im Zaume zu halten! Zwei Nächte hatte er blutige Träume, und erst am 3. Tage atmete er erleichtert auf, als ihm wie Johanna das Erlösungswort ins Ohr klang: Belagerungszustand! Das Vaterland war wieder einmal gerettet.

Was in Zittau wirklich geschah, geht deutlich aus den folgenden Berichten hervor. Da reden die Tatsachen für sich. Was aber nicht so offen zu Tage tritt, was die meisten Arbeiter heute noch nicht geteilt, oder gar nicht erkennen, das ist der enge Zusammenhang solcher örtlicher Bewegungen mit den ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen im Reich.

Die gesteigerte Arbeitslosigkeit, die verkürzte Arbeitszeit bei gleichem Stundenlohn oder Akkord, die katastrophale Lage der Lebensmittelerzeugung, der Wucher mit den notwendigsten Bedarfs- und Lebensmitteln, das Schlemmerleben der Kriegs- und Revolutionsgewinnler, — all diese Zustände bilden erklärlicherweise einen fruchtbareren Nährboden für die Selbsthilfe der armen Bevölkerung. Und wie die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnknechtserei nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, so liegt es im Wesen der proletarischen Revolution, daß sie sich nur durchsetzen und zum Siege gelangen kann durch eben diese Selbsthilfe. Eine Selbsthilfe, die nicht ein einmaliges Loschlagen, eine einmalige Massen-Exekution weiter Gebiete ist, sondern besteht aus einer Reihe sich in ihrer Wirkung und Wucht fortgesetzt steigender Einzelaktionen, in deren Verlauf Siege und Niederlagen aufeinanderfolgen wie Tag und Nacht bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution.

Laßt euch nicht betören von denen, die euch glauben machen wollen, die Entwaffnung der Revolution müsse der Entwaffnung des Proletariats voraufgehen. Denn die Entwaffnung der Revolution kann nur das Werk der Reaktion sein — darum muß die Parole lauten:

Arbeiter, liefert euch nicht kampflös der Reaktion aus!

Das Weltkapital bereitet sich vor auf den Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit, trifft die Vorbereitungen zur restlosen Vernichtung des revolutionären Denkens und Willens.

Ueber all dem stehen als flammendes drohendes Zeichen für das Proletariat die Worte des Kommunistischen Manifestes: „Entweder Kommunismus oder Untergang in der Barbarei.“

Auf uns, Proletariat Deutschlands, sind die Blicke der russischen Brüder, sind die Blicke der Proletarier aller Länder gerichtet. Deutschland ist das stärkste Bollwerk der Weltreaktion und damit der Schlüssel zur Weltrevolution!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

welcher Gier die Zittauer Meldungen von den reaktionären Blättern bis zu den rechtssozialistischen gerade im Zusammenhange mit diesem Geze ausgeschlachtet wurden? Man ist wahrhaftig geneigt, zu glauben, daß die „Zittauer Räterepublik“ bestellte Arbeit war.

Konnte es der deutschen Bourgeoisie, die in Spa mit der Bourgeoisie der Entente einen Pakt zur Entwaffnung der deutschen Arbeiter geschlossen, gleich sein, ohne weiteres dem nachzukommen, was nach außen als ein Diktat, als ein Befehl des Siegers an den Besiegten erscheinen mußte? Nein, es konnte ihr nicht gleich sein. Sie mußte mit den von ihr selbst erzeugten nationalstischen Leidenschaften rechnen, von denen heute weite Kreise des Proletariats noch beherrscht werden. Was lag da näher, als einen Vorwand zu finden, um die unpatriotische, vaterlandsfeindliche Handlung als eiferne Notwendigkeit erscheinen zu lassen.

Ob bestellte Arbeit oder ob eine rasch erfasste, günstige Gelegenheit, einerlei! Der „Linksputz“ war ein ausgemachter Schwindel. Er bot wie in so vielen anderen Fällen ähnlich — den Vorwand zur Verklärung der reaktionären Kräfte in Deutschland. Nicht die vielberühmte KAP, sondern die „revolutionäre“ USP, hat — wenn irgend wer — dabei Helfersdienste geleistet.

Das ist die Wahrheit über Zittau! W. L.

Aus Zittau wird uns berichtet: Wieder einmal hat die bürgerliche Presse und die Regierung — gezeigt, was alles in Verdröbenungen von Tatfachen geleistet werden kann. In Zittau hat eine Minderheit von Terroristen einen Putsch inszeniert — in Zittau war Revolution. Es dürfte im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegen, den wirklichen Sachverhalt einmal kurz klarzulegen.

Am Freitag den 30. 7. abends 5 Uhr veranstaltete die hiesige U.S.P. auf dem Marktplatz eine Protestversammlung gegen die Durchführung von Waffen nach Polen und die hohen Lebensmittelpreise. Im Verlauf derselben erwähnte ein Debatterender, daß der Besitzer eines Delikatessengeschäftes geäußert habe: „Die Arbeiter sollten Sägepähne freisen, wenn ihnen die Wurst zu teuer sei.“ Der Referent trat den Zus-

Allg. Arbeiter-Union.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Heidenau. Mit welcher schäbigen Mittel versucht wird, die Betriebsorganisation, die Allgemeine Arbeiter-Union zu bekämpfen, beweise folgendes: Anlässlich einer Betriebsversammlung der Rostfahwerke, erklärte der Vorsitzende des Betriebsrats, daß bei der im Stahlwerk zu Pirna erfolgten notwendigen Abstimmung für oder gegen den Streik, 220 Unionisten gegen 250 Gewerkschaftler gestimmt hätten. Er fügt noch hinzu, daß diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen sei, sondern daß er dieses zugehört erhalten hätte. Von wem zugehört erhalten? fragen wir, und erwarten darüber aufklärende Antwort. Wie lag übrigens die Sache? Seitens eines Vertreters der Union, der in der Vertrauensmännerversammlung im Volkshaus darauf hinwies, daß Streiks, sollen sie Erfolg verheißen, nicht mehr im Sinne überlebter Gewerkschaftstaktik in Angriff genommen werden. Daß die nochmals erfolgte Abstimmung klar beweise, je länger man zögert in Aktion zu treten, desto mehr demontierend sinkt, entgegen der anwesenden Verbandsbeamten der Metallarbeiter, es hätte ihm ferngelegen, die Sache zu verschleiern. Die Gewerkschaftler allein könnten aber nicht für die betreffende Abstimmung verantwortlich gemacht werden. Es könnte garnicht nachgeprüft werden, was für oder gegen den Streik gestimmt hätte. Um dieses festzustellen, hätte man Unionisten und Gewerkschaftler getrennt abstimmen lassen müssen. Diese Aussage, verehrt Herr Betriebsrat, steht unumwunden fest und ist nicht einfach wegzulugnen. Wir werden wohl aber nicht folgen, wenn wir annehmen, daß im blinden Haß gegen die Union es mit der Wahrheit nicht so genau genommen wird. Die Gewerkschaftler, die darauf los, etwas wird schon hängen bleiben. Durch eine solche Komplexweise werden aber den Genossen, die heute noch auf die Gewerkschaften schauen, die Augen geöffnet werden. O. S.

Aus der Partei

Pressebons.
Im Rundschreiben Nr. 12 v. 29. Juli hatte der Bez.-Ausschuß allen Ortsgruppen einen Vorschlag betr. Pressebons. a. H. 25. — pro 50 Mitglieder unterbreitet und verlangt, daß darüber in den Mitgliederversammlungen abgestimmt wird. Die Abstimmungsergebnisse sollen bis 13. August im Büro schriftlich eingeleitet werden. Eingegangen ist jedoch erst ein einziges Stimmresultat! Wenn die Gruppen-Funktionäre nunmehr nicht ganz rasch handeln, wird das Erscheinen des „Kommunist“ eingestellt werden müssen. Es scheint sogar in unsern eigenen Reihen noch hier und da das Trugbild der „russischen Millionen“ zu spunden!

Die Marxisten nicht urteilen dürfen.

In der Gruppe Dresden-Albstadt wurde folgender Antrag des Gen. Lauinger angenommen:
Die Gruppe Albstadt erklärt sich gegen den Ausschluß von Wolfheim und Laufenberg, da man nicht voraussehen kann, ob letzteren der Gang der Entwicklung doch recht geben kann. Sie sieht darin eine persönliche Meinung.
Ja, ja, warum nicht! Der gelebte Weltknecht und damalige Kultusminister Bucher ist im Januar 1919 mit Bathos im Dresdner Zirkus: „Wir müssen und wir werden bald wieder auf den Weltmarkt kommen.“ Rebnlich wie Scheidemann im Kriege: „Wir müssen und wir werden sieden!“ — Konnte man (!) denn voraussehen, daß der Gang der Entwicklung beiden nicht recht gab?!

Arbeiter-Union

Geschäftsstelle und Verkehrslokal ist jetzt Ref. Miele, Fischhofplatz 14. Geschäftsstunden: Jeden Dienstag von 6—8 Uhr.
Groß-Dresden: Konferenz der Betriebs-Obleute jeden Freitag, abends 7 Uhr, in der „Zentralhalle“, Fischhofplatz (Vereinszimmer).
Reichenau bei Zittau: Zusammenkünfte jeden Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Kreisheim.

Kommunistische Buchhandlung

Dresden-2, Seminarstr. 23, p. — Wochentags nachm. 5—7 Uhr

Literatur zum National-Bolschewismus:	
Goldstein, Nation und Internationale	Mk. 1.20
Laufenberg-Wolffheim, Revol. Volkskrieg	„ 1.20
Fontenerrol, Bürgerkrieg (Erste Form, Adresse)	„ 1.20
Wolffheim, Knechtschaft oder Weltrevolution	„ 1.80
Laufenberg, Zwischen den 1. u. 2. Revolution	„ 1.80
Neu eingetroffen:	
Russ. Korrespondenz Heft 8/9	Mk. 2.50
„ „ „ 10	„ 4.—
Kommunist. Internationale (große Wiener Ausgabe) Heft 3 u. 4	„ 4.—
Programm (Einwurf) der K.A.P.-D.	„ 60
Programm der K.P. Auslands	„ 50
Off. Schreiben des Exekutiv-Komitees der 3. Intern. an die K.A.P.-D.	„ 1.20
Kampfgelag, Proletarische Freiheitslieder	„ 75
Ballad, Zukunftsstaat	„ 12.—
Bogdanow, Die Arbeiterfrage u. d. Arbeiterklasse	„ 2.—
Franz Jung, Reise in Rußland	„ 1.50
Katala, Terror d. Bourgeoisie in Finnland	„ 1.50
Kerlen, A. Lenin, sein Leben u. Werk	„ 1.50
Lenin, Große Initiative	„ 1.—
Karl Liebknecht, Troz alledem	„ 15
„ Rede auf dem Potsdamer Platz	„ 30
Rene Marandon, Warum ich mich d. sozial. Revolution angeschlossen	„ 1.50
Franz Mehring, Deutsche Geschichte	„ 12.—
N. H., Ueber proletarische Ethik	„ 2.—
Hauptmann Jacques Sadoul, Briefe aus Sowjet-Rußland	„ 1.50
Schröder, Vom Werden der neuen Gesellschaft	„ 1.—
Seemann, Steuerzang vom Kohn	„ 20
Georg Siewkow, Michael Bakunin	„ 3.—
Trozkij, Von der Oktoberrevolution bis zum Breiter Friedensvertrag	„ 1.50
Wolffheim, Betriebsorganisation oder Gewerkschaft	„ 1.—

2. Antrag zur Finanzierung.

Der Parteitag beschließt in Anbetracht dessen, daß der geschäftsführende Hauptauschuß nicht in der Lage ist, mit den 50-Pfennig-Pflichtbeiträgen auszukommen, den — Pflichtbeitrag auf 75 Pf. pro Mitglied und Monat festzusetzen.

Ferner verpflichten sich die Wirtschaftsbetriebe die Kampffondsmarken umzusetzen und nach Möglichkeit sofort restlos der Hauptkasse zuzuführen. — Dergleichen wird erwartet, daß die Gründungsfondsmarken von den Wirtschaftsbetrieben sofort abgerechnet werden.

Diejenigen Mitglieder, die in Arbeit stehen und bis 31. August 1920 keine Gründungsfondsmarken gelebt haben, sind aus der Partei auszuschließen.

Der Parteitag verpflichtet sich, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der finanzielle Grundboden, eben das Fundament der Partei, geläutert wird.

3. Antrag zur Organisation.

- Der Parteitag beauftragt die Zentralleitung,
1. periodisch und bei besonderen Anlässen allgemeine Flugblätter für das Reich herauszugeben. Sollten sich die Drucklegung infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht ermöglichen lassen, dann müssen auf alle Fälle mindestens Flugblattentwürfe den einzelnen Wirtschaftsbetrieben zugestellt werden, damit diese dann selbst Flugblätter drucken lassen.
 2. von Zeit zu Zeit und besonderen Anlässen Parolen herauszugeben bzw. einen knappen Ueberblick über die politische Situation, (gegen 5 Stimmen angenommen)
 3. regelmäßig Referententmaterial herauszugeben, (einf.)
 4. systematische Agitationsarbeit mit den einzelnen Wirtschaftsbetrieben zu vereinbaren, (einf.)
 5. den Rechtschuß für die verfolgten Mitglieder zu regeln.
 6. die Flüchtlingsunterbringung und Unterstützung möglichst einseitig für das ganze Reich zu regeln.
 7. alljährlich in den Organisationsagenden eine Abhandlung über die auswärtige und innere politische und wirtschaftliche Lage zu bringen.

4. Antrag betr. Unterfinanzierung - Kommissionen.

1. Die Wirtschaftsbetriebe sind verpflichtet, der bei der U. H. Berlin eingerichteten gemeinsamen Informationsstelle über durchgeführte Genossen ohne besondere Auforderung Auskunft zu geben in einer Form, die die Ehre der Unterfinanzierten und die Sicherheit des Verfahrens gewährleistet.
 2. Die Wirtschaftsbetriebe sollen jeder für sein Gebiet eine U. H. einrichten.
 3. Die Wirtschaftsbetriebe haben die Pflicht, ständig Sammlungen innerhalb ihres Bezirks zu veranstalten und den Betrag, soweit er nicht unbedingt für Unterstützungsarbeiten im Bezirk selbst gebraucht wird, an die Zentralfstelle abzuführen. Diese ist verpflichtet, Bezirken die durch Aktionen in Notlage kommen, entsprechende Unterstützung zu leisten für die Durchführung einer Preisabschlag-Sorge zu tragen und dem Parteitag Bescheid abzugeben.
- Zum Schluß wurden 3 befordete (Berliner) und 4 unbefordete (aus den Bezirken) Genossen für den geschäftsf. Hauptauschuß gewählt.
- Nach einem hoch auf die Weltrevolution gung der Parteitag auseinander.

„Warum immer gegen die Sozialdemokraten?“

Wir entnehmen der Wiener Roten Fahne:
„Die Kommunisten reden immer vom Klassenkampf. Aber ihre Taten passen schlecht zu ihren Worten. Denn sie führen ihren Kampf vor allem gegen die Sozialdemokratie, die doch auch eine proletarische Partei ist, nicht gegen das Bürgertum und dessen Parteien. Wo bleibt da der Klassenkampf?“

Dieses Klagegedicht hat seinerzeit Friedrich Austerlitz im Zentralarbeitserrat angenommen und seine Parteige-

nossen fanden es so ergreifend, daß sie es seither bei jeder Gelegenheit singen. Wo immer kommunistische Arbeiter mit sozialdemokratischen zusammenkommen, im Betrieb, am Wirtschaftstisch, überall macht man ihnen immer wieder den Vorwurf, daß sie, statt mit den Sozialdemokraten die proletarische Einheitsfront herzustellen, gerade gegen die Sozialdemokraten front machen, daß sie nicht die Bourgeoisie, sondern die sozialdemokratische Arbeiterpartei angreifen.

Kein Zweifel, der gegenwärtige Zustand der Zerrissenheit ist für die Arbeiterschaft nicht der vorteilhafteste. Aber wer ist Schuld an ihm? Die Sozialdemokraten allein. Denn wo und wann immer die Kommunisten die Bourgeoisie angreifen wollen, immer und überall stellen sich die Sozialdemokraten schützend vor die Bourgeoisie. Nehmen wir an, in einem Betrieb kommt es zu Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer. Die Kommunisten rufen zum Kampf. Wer ist ganz bestimmt gegen den Kampf? Der sozialdemokratische Betriebsrat und die sozialdemokratische Gewerkschaft. Natürlich sagen sie den Arbeitern nicht: wir sind gegen euch. Sondern sie suchen die Arbeiter zu bestimmen, nur das „Erreichbare“ anzustreben. Als erreichbar erscheint ihnen aber immer nur das, was der Unternehmer zu bewilligen bereit ist, weil er es als unvermeidlich ansieht, also das schäbige Minimum. Nun kommt es zum Streit zwischen den Arbeitern. Er ist dem Inhalt nach ein Streit zwischen den Arbeitern und dem Unternehmer, aber der Form nach ein Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, weil die Sozialdemokraten die Partei des Unternehmers ergreifen. Und so ist es nicht nur in den Betrieben, so ist es überall. Ueberall schieben sich zwischen die Arbeiter und die Kapitalisten die Sozialdemokraten, angeblich, um als Vertrauensmänner der Arbeiter zu wirken, in Wirklichkeit, um die Arbeiter zum Verzicht auf den Klassenkampf zu bestimmen. So steht auf politischem Gebiet. Sollen die Kommunisten, wenn die Nationalversammlung ein schlechtes Gesetz beschließt, die Christlichsozialen (Bürgerliche, D. Red.) angreifen? Die würden einfach antworten: Was wollt ihr denn von uns? Wir haben dieses Gesetz mit den Sozialdemokraten vereinbart, also mit einer Arbeiterpartei, die wohl wissen wird, was die Arbeiter brauchen. Wieder müssen sich die Kommunisten gegen die Sozialdemokraten wenden, weil diese, die Vertreter von Arbeitern, wirklich schuldiger sind, als die Christlichsozialen, wenn sie z. B. dafür stimmen, daß die Einkommensteuer den Arbeitern von nun an im Betrieb abgezogen werden soll. Wenn uns die Sozialdemokraten vorwerfen, daß wir sie, nicht die Bourgeoisie angreifen, so müssen wir ihnen antworten: Wie sollen wir denn an die Bourgeoisie herankommen, wenn sie sich immer hinter euch versteckt, die ihr euch eine Ehre drausmacht, ihr als Leibwache zu dienen? Wir haben keinen schuldigeren Wunsch, als den Kampf gegen die Bourgeoisie direkt zu führen. Aber das wird erst möglich sein, wenn es uns gelungen ist, den sozialdemokratischen Arbeitern klar zu machen, daß es nicht ihre Aufgabe ist, die Bourgeoisie gegen jeden Angriff zu beden.

Proletarische Einheitsfront! Sie ist notwendig, das Proletariat wird nicht als Ziel kommen, so lange sie nicht besteht. Aber ist sie möglich, so lange entweder auf Grund eines schriftlichen Koalitionsvertrages oder dank einem stillschweigenden Uebereinkommen die bürgerlich-sozialdemokratische Front besteht? So lange die Sozialdemokraten nicht von dem Wahne lassen wollen, daß das Proletariat am besten fährt, wenn es sich nicht auf seine Kraft, sondern auf die Pfriftigkeit seiner Führer und auf die Einsicht des Bürgerturns oder auch auf

verammlung. Interessanter Vortrag über die politische Lage! — Kirchenaustrittserklärungen mitbringen!
Gruppe Coschütz-Gittersee-Burg-Keinlandendorf: Ref. Hamann, Burgf. Jeden Montag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends 7/8 Uhr.
Gruppe Sauerode-Miederhermsdorf: Versammlungslokal: Schwansee Ref. Uehers dort.
Gruppe Pöschappel, Hempel's Ref., Pöschappel. Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends 7/8 Uhr.

Industriebezirk Süd-Ost

Gruppe Laubegast: Versammlungslokal: Ref. „Flora“, Kenbenerstraße. Uäheres daselbst.
Gruppe Leubben: Versammlungslokal: Ref. „Zum Lindengarten“. Uäheres daselbst.

Unterbezirk Pirna-Heidenau

Gruppe Pirna: Volkshaus (Weißes Koh). Jeden Dienstag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends 7/8 Uhr.
Gruppe Heidenau (Mägeln): Versammlungslokal: Alter Gasthof. Uäheres daselbst.

Unterbezirk Meißner Hochland

Gruppe Neustadt u. Umg.: Mitglieder-Versammlung jeden Freitag nach dem 1. u. 15. im Monat, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“. Alle Parteiliteratur („Kommunist“) zu beziehen durch Gen. Max Barthel, Neustadt, Malzgasse 6.
Gruppe Wertheim-Ortenburg: Mitglieder-Versammlungen jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. im Monat. Der „Kommunist“ zu beziehen durch Gen. Kästel, Wertheimsdorf.
Gruppe Witten-Neudorf: Zeitung durch Gen. Albin Richter, Witten Nr. 95 (Versammlungsanzeige nicht eingegangen).
Gruppe Königstein: Mitglieder-Versammlungen jeden Sonntag vormittags. — Zeitungen durch Gen. Max Hille.

Unterbezirk Zittau

Gruppe Zittau: Ref. „Der Mannan“. Jeden Montag, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung. — Sperrstunden der revolutionären Arbeiterschaft jeden Sonntag, früh 7/8 Uhr. Stellen im Volkshaus. Bei ungünstigem Wetter: theoretischer Unterricht.
Gruppe Reichenau: Gruppen-Versammlungen jeden Dienstag, abends 7/8 Uhr, im Kreisheim.
Gruppe Spitzmannsdorf: Mitglieder-Versammlungen jeden Sonntag, abends 8 Uhr, im Gasthof „Kronprinz“.

Gruppe Rautz: Versammlungen jeden Mittwoch, abends 7 Uhr, im Arbeiter-Kaffee (Saal oder kleines Zimmer).
Gruppe Wölkow bei Zandorf u. d. Elbe: Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. im Monat: Mitglieder-Versammlungen.
Gruppe Eichenberg bei Pulsnitz: Versammlungslokal: Oberer Gasthof. Mitglieder-Versammlung jeden 1. Sonntag im Monat.
Gruppe Freiberg: Bügen's Ref., Bahnhofstraße. Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. im Monat: Mitglieder-Versammlung.

Versammlungs - Kalender

Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP.)

Groß-Dresden

Allgemeine Mitglieder-Versammlung: Donnerstag, 19. August, abends 7 Uhr, im H. Saale der „Zentralhalle“ (Altenstraße), Fischhofplatz. — Bericht vom Parteitag. Wichtige Entscheidungen! Erscheinen aller Parteigenossen und -genossinnen ist Pflicht!

Mitglieder - Versammlungen:

- Gruppe Albstadt: Ref. „Stadt Brannschweig“, Jakobsgasse: Jeden Dienstag, abends 7 Uhr.
Gruppe Johannstadt: Ref. „Autonia“, Däner, Ecke Pestalozzi-straße. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr.
Gruppe Strießen: Ref. „Wartburgschänke“, Wartburg, Ecke Altemannstraße: Jeden Montag, abends 7 Uhr.
Gruppe Ebtzau: Ref. „Gartenberg (Wöller)“, Gartenberg, Ecke Roonstraße: Jeden Dienstag, abends 7 Uhr.
Gruppe Cotta: Ref. „Stadt Dresden“, Osterwitzerstraße 12: Jeden Montag nach dem 1. u. 15. d. Monats, abends 7 Uhr.
Gruppe Neustadt: Ref. „Schönburger Hof“, Fährtestraße 36: Jeden Dienstag, abends 7 Uhr.
Gruppe Pieschen: Ref. „Gründstein“, Feinsingerstraße 12: Jeden Dienstag, abends 7 Uhr.
Gruppe Rabenstein: Ref. „Waldbühne“. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr. Zeitungsbestellungen nimmt Gen. Wehner, Walfstraße 32, entgegen.
Gruppe Klotzsche: Zeitungen durch Gen. Porfisch, Hellerau. Gruppenöffnung: Jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 7/8 Uhr, im „Erbsgericht“.

Achtung!

Alle in der Friedrichstadt (zwischen Albstadt, Ebtzau und Cotta) wohnenden Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, Montag, den 16. August, abends 7 Uhr, im Ref. Haden, Seminarstraße 23, zwecks Gründung einer neuen Parteigruppe zu erscheinen. Parteiansweise mitbringen!

Unterbezirk Plauenischer Grund

Bezirks-Mitglieder-Versammlung: Mittwoch, 18. August, abends 7/8 Uhr, im Gasthof „zum Steiger“, Postdoppel. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Wichtige Entscheidungen!
Gruppe Leubben: Sonntag, den 21. 8., abends 7/8 Uhr: Gruppen-